

**Protokoll:**

Rm Coßmann (CDU) stellt dar, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Parkgebühren in der Innenstadt von 0,25 Euro/30 Min. auf 0,40 Euro/20 Min. einer Steigerung von 140 % entspreche. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass man sich einer Erhöhung der Parkgebühren vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung nicht grundsätzlich verschließen könne, allerdings halte man diese Erhöhung um 140 % ab der erste halben Stunde für vollkommen überzogen.

Man könne der Vorlage aus diesen Gründen nicht zustimmen und fordere gemäß der Stellungnahme zu Antrag 012/2011 vom 24.05.2011 die Angelegenheit in den Fachbereichsausschuss IV und den Wirtschaftsförderungsausschuss zu delegieren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig weist darauf hin, dass es sich nicht wie durch Rm Assenmacher (CDU) gerade geäußert um eine Erhöhung ab der ersten halben Stunde handele, sondern die Vorlage nach den Ausschussberatungen abgeändert worden sei. Die Kurzzeitparker würden nun durch den 20 Minuten Tarif privilegiert.

Rm Kühenthal (BIZ) wendet ein, dass der Einzelhandel in der Koblenzer Innenstadt besonders durch die Erhöhung der Parkgebühren betroffen sei, da die Mehrzahl der Kunden mit dem Auto aus der näheren Umgebung nach Koblenz komme. Dementsprechend stünde der Einzelhandel in Koblenz in einem besonderen Wettbewerb mit den benachbarten Städten und dem Internet. In diese genannten Orte könnten die bisherigen Koblenzer Kunden bei einer solchen Erhöhung der Parkgebühren abwandern.

Der Vorlage sei zu entnehmen, dass in den angesprochenen Orten die Parkgebühren teilweise erheblich niedriger seien bzw. keine Gebühren erhoben würden. Vor diesem Hintergrund sei auch fraglich, ob die erwarteten Mehreinnahmen i.H.v. 800.000 € im Jahr erwirtschaftet werden könnten. Die möglichen Abwanderungen und zurückgehende Einzelhandelsumsätze seien nämlich nicht berücksichtigt.

Sollte letztlich eine Erhöhung der Parkgebühren beabsichtigt sein, so wünsche man sich eine moderate Anhebung zu einem späteren Zeitpunkt. Der Koblenzer Einzelhandel sei gerade dabei, durch in der Vergangenheit aufgetretene Verkehrsprobleme verlorene Kunden zurück zu gewinnen.

Ferner stehe der Einzelhandel in der Koblenzer Innenstadt auch innerhalb der Stadt in einem starken Wettbewerb. Die Parkgebühren im Löhr-Center und zukünftig im Forum Mittelrhein seien beispielhaft zielstrebig und wettbewerbsorientiert auf die Kundengewohnheiten ausgerichtet und deutlich günstiger. Dies sei ein Konflikt, der gelöst werden müsse.

Rm Kühenthal teilt mit, dass er abschließend noch auf einen eklatanten Widerspruch hinweisen möchte. Die Vorlage nenne als Vorteil die Reduzierung des Parksuchverkehrs und die positiven Auswirkungen auf die PKW Immissionen. Im Kontrast dazu würden durch das Forum Mittelrhein täglich tausende zusätzliche PKW in die Innenstadt geführt.

Zusammenfassend rege die BIZ-Fraktion an, anstatt einer Gebührenerhöhung eine moderne und wettbewerbsorientierte Gebührenänderung zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) gibt zu bedenken, dass sie die Argumente der BIZ-Fraktion nicht nachvollziehen könne. So habe sich die Bürgerinitiative Zentralplatz früher gegen einen stärkeren PKW Verkehr durch das Forum Mittelrhein ausgesprochen. Dass dies nun kein Problem mehr für die BIZ-Fraktion darstelle, könne Sie nicht verstehen.

Weiterhin erläutert sie, dass man bereits im Mai diesen Jahres im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes eine Erhöhung der Parkgebühren beschlossen habe und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen damals eine Erhöhung auf 1,40 € je Stunde angeregt habe, da eine Erhöhung auf nur 1,20 € einen zu geringen Kontrast zu den Gebühren der Parkhäuser darstelle und dies demnach nicht zu einer Reduzierung des Parksuchverkehrs führe.

Sie unterstreicht, dass man natürlich die Vorlage der Verwaltung unterstütze, wenn man auch bzgl. der Höhe noch nicht am Ende der Diskussion sei.

Rm Lehmkuhler (SPD) trägt bzgl. der Argumente der BIZ-Fraktion vor, dass es widersprüchlich sei, sich gegen diese Vorlage auszusprechen, da die Fraktion in anderen Fällen immer als „Sparer“ auftrete. Insofern könne man solche Mehreinnahmen nicht ablehnen.

Man habe bereits vor einigen Jahren eine Diskussion über die Reduzierung der Parkgebühren geführt, in der das Argument angeführt worden sei, dass durch eine Reduzierung ein höherer Umschlag erreicht würde. Dies alles sei nicht feststellbar gewesen und man könne sich nur mit Städten der gleichen Größenordnung bzgl. der Höhe der Parkgebühren vergleichen. Insofern sei der Vergleich bspw., wie in der Vorlage genannt Boppard, nicht zielführend.

Koblenz sei eine der wenigen Städte dieser Größenordnung in Deutschland, in denen das Parken im öffentlichen Verkehrsraum günstiger sei, als in Parkgaragen. Dies habe in der Vergangenheit auch zu Problemen mit Investoren geführt, die befürchtet hätten, dass sich die Investition hinsichtlich der niedrigen Gebühren im öffentlichen Verkehrsraum nicht rechne.

Durch einen Verzicht auf die Gebührenerhöhung leiste man ferner keinen Beitrag dazu, sich gegen Nachbarstädte durchzusetzen. Dies geschehe vielmehr durch die Möglichkeit eines neuen Einkaufserlebnisses im Forum Mittelrhein.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann teilt mit, dass die aktuell erhobenen Parkgebühren entstanden seien, als die Parkgebühren in Neuwied gesenkt worden seien. Damals habe es Bedenken gegeben, dass Kunden dorthin abwandern würden.

Sie verweist auf einen Artikel der Rhein-Zeitung, in dem die Firma Lührmann feststelle, dass Koblenz zu den stabilsten Einzelhandelsstandorten seiner Größe gehöre und die Bebauung des Zentralplatzes den Einzelhandelsstandort Koblenz weiter stärke und nicht schwäche.

Sie führt aus, dass seitens der Stadt mit dem Ausbau der Schloß- und der Löhrrstraße viel für den Einzelhandel getan worden sei. Auch die BUGA habe zur Attraktivitätssteigerung beigetragen.

Sie dankt im Weiteren der FDP-Fraktion für die Idee, die zeitliche Vertaktung zu ändern, da nun kurze Einkäufe zeitnah abgerechnet werden könnten. Wer länger einkaufe, gehöre in ein Parkhaus, da der öffentliche Straßenraum sei dafür da, dem Einzelhandel einen hohen Umschlag zu bringen.

Sie resümiert, dass eine Erhöhung der Parkgebühren nützlich und nicht schädlich für den Einzelhandelsstandort Koblenz sei.

Rm Scherhag (CDU) verweist unter Bezug auf die Aussagen von Rm Lehmkuhler (SPD) darauf, dass sich Koblenz nicht mit Städten vergleichbarer Größe vergleichen könne, sondern vielmehr ein Vergleich mit den Nachbarstädten stattfinden müsse, da diese die Wettbewerber seien.

Man wehre sich nicht generell gegen eine Gebührenanpassung, wolle aber eine Strategie, wie zukünftig mit dem öffentlichen Parkraum umgegangen werden solle. Es fehle aktuell die Transparenz, wie nach den Beschlüssen zur Parkregelung während der BUGA die Einnahmeentwicklung gewesen sei, wie der Parkraum genutzt worden sei und wo die kritischen

Stellen seien. Man habe diese Diskussion gefordert und auch die Verwaltung habe in der Stellungnahme zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf verwiesen, dass diese Angelegenheit zur Diskussion in den Wirtschaftsförderungsausschuss und den Fachbereichsausschuss IV verwiesen würde.

Man brauche diese Diskussion in den Ausschüssen um einen ganzheitlichen Ansatz zu finden und könne daher dieser pauschalen Erhöhung nicht zustimmen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke teilt mit, dass es im knappen öffentlichen Parkraum nach wie vor Probleme mit dem Anwohnerparken gebe und zweifelt an, dass es einen Zusammenhang zwischen einer Erhöhung der Parkgebühren und dem Rückgang des Einzelhandelsumsatzes gebe. Er stellt dar, dass man durchaus überlegen könne, den Betrag auf 1,00 € pro Stunde zu reduzieren oder die Vertaktung auf eine Viertelstunde zu verändern. Er halte es aber für falsch eine Erhöhung generell abzulehnen.

Rm Schupp (FDP) erläutert, dass die FDP-Fraktion dazu stehe den städtischen Haushalt ernsthaft sanieren zu wollen und man deshalb die Beschlussvorlage unterstütze. Er weist darauf hin, dass aus seiner Sicht ein Vergleich zwischen Mülheim-Kärlich und Koblenz nicht möglich sei, da es sich bei den beiden Städten um grundsätzlich unterschiedliche Voraussetzungen handele. Ferner solle es weiterhin das Ziel sein, die Fahrzeuge in Parkhäusern abzustellen, um das Einkaufsvergnügen in Koblenz noch weiter zu steigern.

Rm Kühnenthal (BIZ) führt aus, dass ihm fast täglich Klagen von Kunden aus dem Umland vorgetragen würden. Dieser Verweis sollte seiner Meinung nach genügend Akzeptanz für seine Argumente erzeugen. Bzgl. des Redebeitrags von Rm Mehlbreuer (Grüne) geht Rm Kühnenthal darauf ein, dass er in seinem Beitrag die Errichtung des Forum Mittelrhein nicht gelobt habe, sondern auf die Entwicklung der Immissionen hingewiesen habe. Man habe sich klar dagegen ausgesprochen und nur die dortige Gebührenordnung als beispielhaft angeführt. Er stellt dar, dass man sich nicht generell gegen eine Anhebung versperrt habe, sondern sich eine moderate und intelligente Handhabung wünsche.

Rm Sauer (CDU) vertritt die Meinung, dass man eine Konsolidierung des Haushaltes nicht nur über Gebührenerhöhungen betreiben könne, sondern Sparmaßnahmen angestoßen werden müssten, um eine noch stärkere Belastung der Bürger zu verhindern.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) stellt dar, dass der hohe Prozentsatz der Steigerung darin begründet sei, dass die Parkgebühren vor vielen Jahren halbiert worden seien. Ferner habe man schon mehrfach versucht die Gebühren anzugleichen, dies sei allerdings immer wieder abgelehnt worden. Daher sei der Sprung nun sehr groß.

Er ergänzt, dass es aus Sicht der ECE wirtschaftlich sinnvoll sei, durch niedrige Parkgebühren in den ersten Stunden eine hohe Umschlagszahl zu erreichen. Für die Stadt sei dies grundsätzlich genau umgekehrt zu sehen, da man die Besucher möglichst lange in der Stadt halten möchte. Dies sei allerdings durch die bereits angesprochenen Wettbewerbsgründe nicht möglich.

Durch das knappe Platzangebot im oberirdischen öffentlichen Parkraum müsse dieser außerdem immer teurer sein, als der unbequeme unterirdische Parkraum. Deshalb müssten die Preise durch die vorliegende Gebührenerhöhung zumindest angenähert werden.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass eine Parkgebührenerhöhung Inhalt des im Mai verabschiedeten Klimaschutzkonzeptes sei. Diesem hätten alle Fraktionen

zugestimmt und deshalb sei zu der aktuellen Frage der Parkgebührenerhöhung eine Zustimmung erforderlich.

Sie ergänzt ferner, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von Mai 2011, der die Gründe für das Vorgehen sachlich dargelegt habe, nur knapp im Stadtrat abgelehnt worden sei.

Von daher sei sie nach Diskussionen im Fachbereichsausschuss IV und im Haupt- und Finanzausschuss nun davon ausgegangen, dass die Aufenthaltsqualität der Stadt durch den aktuellen Beschluss weiter gestärkt würde.

Rm Scherhag (CDU) stellt erneut dar, dass es sich seiner Ansicht nach nicht um eine angemessene Erhöhung und schon gar nicht, wie von Rm Ackermann (Grüne) geäußert, um eine Annäherung handele. Von daher stimme man der Vorlage nicht zu.

Er fügt den Ausführungen von Rm Ackermann bzgl. der Preisgestaltung von ECE außerdem hinzu, dass das Parken im Löhr-Center samstags ab 16:00 Uhr kostenfrei sei.

Rm Scherhag verdeutlicht, dass man nicht grundsätzlich gegen eine Anpassung der Parkgebühren sei, man sich aber keine Einheitslösung, sondern vielmehr einen klugen Ansatz, der die Interessen des Einzelhandels berücksichtige, wünsche.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Wiechmann, MdL, weist darauf hin, dass man sich mit den in der Vorlage genannten größeren Städte vergleichen müsse und hebt hervor, dass man die Mehreinnahmen brauche, um im Sozialbereich gravierende Einschnitte zu verhindern. Man müsse deshalb ein ausgewogenes System aus Einnahmeerhöhungen und Einsparmaßnahmen schaffen.

Ferner müsse man die Chance jetzt nutzen, da die 120 Parkscheinautomaten nach Ende der BUGA ohnehin umgestellt würden. Er appelliert an die Fraktionen der Vorlage zuzustimmen.